



SPD Hessen-Nord Bezirksparteitag 2015

Beschlüsse

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
30. Mai 2015
Stadthalle Baunatal**

Antrag: AuE 2

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag

Betr.: Keine Aufwertung von Sportveranstaltungen in undemokratischen Ländern durch Besuch politischer Repräsentant*innen

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Es sollte für alle Politiker eine Richtlinie werden nicht zu Sportereignissen zu fahren, die in
2 Ländern stattfinden in denen Demokratie und Meinungsfreiheit keinen Platz haben.

3

4

5

Begründung:

6

7 Diese Turniere sind eine Katastrophe. Weder hätte jemals eine WM nach Katar oder nach
8 Russland vergeben werden dürfen. Sie sind eine mögliche Zurschaustellung eigener Macht und
9 können von eigenen Medien ausgenutzt werden. Jetzt hat es die Fifa weder mit Demokratie
10 noch mit Ehrlichkeit und sie vergibt gegen ein entsprechendes Entgelt solche Turniere auch an
11 Staaten, welche die selben Werte wie sie verkörpern. Wobei man bei Katar auch die
12 Unterstützung von Terroristen auf die Liste setzen kann. Das an sich ist schon schlimm genug,
13 aber jetzt noch eine offizielle Delegation hinschicken, wäre eine weitere Aufwertung des
14 Regimes und sollte unterbleiben.

15

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
30. Mai 2015
Stadthalle Baunatal

Antrag: AuE 3

Antragsteller: Bezirkskonferenz AG 60 plus Hessen-Nord

Adressat: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Keine Waffenlieferung und militärische Beteiligung an
Einsätzen in der Ukraine

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass die Bundesrepublik
2 sich weder an militärischen Einsätzen noch an Waffenlieferungen in das Krisengebiet Ukraine
3 doppelt beteiligt. Stattdessen soll sich Deutschland an humanitärer Hilfe beteiligen.

4

5

6

Begründung:

7

8 Militärische Einsätze und Waffenlieferungen in die Ukraine führen unvermeidlich dazu, dass

9 Russland dieses nutzt, um sich noch stärker einzubringen. Die Folgen sind unabsehbar.

10 Gerade die Mitglieder der AG SPD 60 plus, die noch an dem unsäglichen 2. Weltkrieg beteiligt

11 waren bzw. ihn in Kindheitstagen erleben mussten, warnen unmissverständlich vor einem

12 Flächenbrand, der nicht an den Grenzen der Ukraine halt machen würde.

13

14

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
30. Mai 2015
Stadthalle Baunatal

Antrag: Eu 9

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: S&D-Fraktion im Europäischen Parlament,
SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Mitglieder im Bundeskabinett,

Betr.: Dublin-Verordnung anpassen

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Die SPD-Mitglieder des Bundeskabinetts sowie die Mitglieder der sozialdemokratischen
3 Fraktion im Europäischen Parlament setzen sich dafür ein, dass die Dublin-Verordnung
4 dahingehend geändert wird, dass die Asyl-Suchenden nach neu zu bestimmenden Kriterien in
5 der EU verteilt werden.
6

7
8 **Begründung:**
9

10 Insbesondere die Mittelmeeranrainer (Malta, Italien, Spanien und Griechenland) haben höheren
11 Flüchtlingszulauf, da durch Verfahrenszuständigkeitsregeln das Land zuständig ist, das der
12 Flüchtling zuerst erreicht hat. Dadurch werden dort deutlich mehr Flüchtlinge aufgenommen.
13

- 14
- angenommen
 - abgelehnt
 - überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
30. Mai 2015
Stadthalle Baunatal**

Antrag: IR 2

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion,
SPD-Landesparteitag

Betr.: Keine Vorratsdatenspeicherung

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Wir lehnen eine Wiedereinführung der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung grundsätzlich ab.
- 3 Wir fordern den Bundesvorstand der SPD daher auf, jeder einschlägigen Bestrebung
- 4 entschieden entgegen zu treten.
- 5 Ziel aller Bemühungen muss sein, eine Zustimmung der SPD-Bundestagsfraktion zu einer
- 6 derartigen Initiative zu verhindern.
- 7
- 8
- 9 **Begründung:**
- 10
- 11 Als Folge des mörderischen Anschlags von Dschihadisten auf Mitarbeiter des Satire-Magazin
- 12 „Charlie Hebdo“ in Frankreich wird in Deutschland wieder einmal die Forderung nach
- 13 Wiedereinführung der sog. Vorratsdatenspeicherung erhoben. Bundeskanzlerin Merkel ist für
- 14 eine Rückkehr zur Vorratsdatenspeicherung. Sigmar Gabriel hat unter bestimmten
- 15 Bedingungen Unterstützung signalisiert. Er spricht von "engen verfassungsrechtlichen
- 16 Voraussetzungen“ und nennt als Beispiel den Richtervorbehalt.
- 17 Dies ist keine klare Absage!
- 18
- 19 Das Bundesverfassungsgericht hatte schon einmal ein entsprechendes Gesetz wegen
- 20 Verstoßes gegen das Grundgesetz für verfassungswidrig erklärt. Auch der EuGH hat eine
- 21 ähnlich angelegte EU-Richtlinie als nichtig erachtet, da unvereinbar mit der europäischen
- 22 Grundrechtscharta.
- 23
- 24 Vorratsdatenspeicherung sieht im Grunde die Aufzeichnung und Speicherung
- 25 personenbezogener Daten vor, und zwar ohne dass diese aktuell benötigt würden, ohne
- 26 Anfangsverdacht und ohne eine konkrete Gefahrenlage.
- 27
- 28 Vor allem die Telekommunikationsdaten sollen ohne Anlass und ohne Ausnahme erfasst,
- 29 gespeichert und ein Jahr zur Verfügung der Sicherheitsbehörden bereitgehalten werden.
- 30 Beabsichtigt ist nicht die Erfassung und Speicherung der Kommunikationsinhalte, sondern die
- 31 der sog. Verkehrs- oder Verbindungsdaten; also der Anschlüsse von Anrufer/Absender und
- 32 Angerufenem/Empfänger einschließlich der IP-Adressen, der jeweiligen Standorte der
- 33 Beteiligten sowie Datum und Uhrzeit des einzelnen Telefongesprächs, der eMail, der SMS usw.
- 34 Erfasst werden sollen diese Daten auch, soweit sie im Zuge der Nutzung von Sozialen
- 35 Netzwerken anfallen.
- 36 Zur Begründung wird als wesentliches Argument die Aufklärung von Straftaten bemüht sowie
- 37 die Vorbeugung und Abschreckung, natürlich auch die Verhinderung von Anschlägen.

38
39 Es ist seit langem unerträglich, dass bestimmte Gruppen in unserem Land mit Hilfe ihnen nahe
40 stehender Politiker bei jeder Gelegenheit eine Verschärfung und Ausweitung der Überwachung
41 fordern, denn gesichert ist, dass das bereits verfügbare Instrumentarium bisher kaum etwas hat
42 verhindern können.
43 Wir hören einerseits täglich, dass es vor allem unsere bürgerlichen Freiheiten sind, die uns von
44 den Dschihadisten unterscheiden. Und andererseits gibt es Kräfte in unserem Staat, die mit der
45 Begründung, diese Freiheiten bewahren und verteidigen zu wollen, große Anstrengungen
46 unternehmen, eben diese möglichst einzuschränken.
47
48 Da inzwischen auch der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, in
49 öffentlicher Bundestagsdebatte grundsätzliche Zustimmung zu dem Plan einer
50 Vorratsdatenspeicherung signalisiert hat, ist es höchste Zeit, dass wir als Sozialdemokraten
51 Flagge zeigen und uns zu Wort melden, denn das Vorhaben ist mit dem sozialdemokratischen
52 Verständnis von Demokratie, von Menschenrecht und Menschenwürde nicht zu vereinbaren.
53
54 Weshalb?
55 Die beabsichtigten Maßnahmen würden nicht nur ermöglichen, das Kommunikationsverhalten
56 der Teilnehmer zu analysieren, sondern auch das Datenmaterial liefern, um schlussendlich
57 Persönlichkeitsprofile zu erstellen. Und mit der für die Zukunft prognostizierten Zunahme der
58 Bedeutung von Telekommunikation würden diese Möglichkeiten wachsen - der Traum aller
59 Polizeidienststellen und Geheimdienste, aber der Alptraum jedes Demokraten.
60
61 Zudem - das lehrt uns die Geschichte der letzten Jahrzehnte - würde ein derartiger
62 Datenfundus Begehrlichkeiten bei Gruppen und für Zwecke wecken, an die wir heute noch nicht
63 denken.
64
65 Die Vergangenheit hat gezeigt, dass auch dort, wo die Vorratsdatenspeicherung umfänglich
66 praktiziert wird, wie z.B. in Frankreich, Anschläge nur selten zu verhindern waren. Renommierete
67 wissenschaftliche Institute sind zu dem Ergebnis gelangt, dass mit Hilfe der
68 Vorratsdatenspeicherung eine Erhöhung der Aufklärungsquote zwar möglich ist, diese jedoch
69 als so gering angesetzt werden muss, dass sie seriös nicht dargestellt werden kann. Selbst das
70 Bundeskriminalamt räumt ein, dass mit Hilfe der Vorratsdatenspeicherung die Aufklärungsquote
71 bestenfalls um 0,006 Prozentpunkte gesteigert werden könnte.
72 Fazit: Ein unverhältnismäßig weitgehender Eingriff in unsere Grundrechte, um einen
73 unverhältnismäßig geringen Nutzen zu erzielen.
74
75 Es gibt keinen vernünftigen Grund, dem Staat zu gestatten, seine Bürger unter Generalverdacht
76 zu stellen. Eine Gesellschaftsordnung wie die unsere samt ihrer bürgerlicher Freiheit, die gibt es
77 nicht zum Null-Tarif.
78 Das Leben ist zwar nicht grundsätzlich gefährlich, aber es birgt immer mal wieder Gefahren.
79 Und die, die müssen wir und unser Gemeinwesen aushalten.
80 Absolute Sicherheit, sie wird und die kann es nicht geben - das ist der Preis der Demokratie.
81
82

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
30. Mai 2015
Stadthalle Baunatal**

<u>Antrag:</u>	K 1
<u>Antragsteller:</u>	SPD-Bezirksvorstand
<u>Adressat:</u>	SPD-Unterbezirke und SPD-Stadt und Gemeindeverbände im Bezirk Hessen-Nord
<u>Betr.:</u>	Der ländliche Raum – Zukunft und Tradition miteinander

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Der ländliche Raum – Zukunft und Tradition miteinander

2
3 Der ländliche Raum in Hessen ist lebenswert, er hat viele Eigenheiten, die ihn besonders
4 machen. Er stellt Lebensmittelpunkt für einen großen Teil der hessischen Bevölkerung dar; im
5 ländlichen Raum finden sich Wirtschaft und Arbeit. Die Verbundenheit vieler Menschen mit ihrer
6 Gemeinde, mit ihrem Dorf ist hoch. Viele Menschen leben gerne auf dem Land und wollen dies
7 auch in Zukunft tun. Sie engagieren sich für ihre Heimat, ihre Region, für ihr Lebensumfeld.
8 Ohne dieses Engagement wäre der ländliche Raum um vieles ärmer. Sie stiften durch
9 ehrenamtliche Tätigkeit Identität, indem sie sich für sich, für ihre Familien, für ihr Dorf, für ihre
10 Gemeinde in Vereinen und Institutionen einbringen.

11
12 Die Menschen im ländlichen Raum akzeptieren, dass sie größere Entfernungen zum
13 Arbeitsplatz, zur Schule und zum Ausbildungsplatz, aber auch vom Wohnhaus zum Einkaufen,
14 zum Arzt, zum Kino und anderen Freizeitaktivitäten zurückzulegen haben. Mobilität ist daher ein
15 unverzichtbarer Bestandteil des Lebens im ländlichen Raum: egal ob im Individualverkehr oder
16 mit dem Öffentlichen Personennahverkehr. Ein Rückzug von Infrastruktur aus der Fläche ist
17 daher inakzeptabel. Die Menschen auf dem Land brauchen eine Politik, die die Chancen der
18 ländlichen Räume begreift und für die anstehenden Herausforderungen praktische Lösungen
19 erarbeitet.

20
21 Die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilen des Landes Hessen ist und
22 bleibt eine Aufgabe sozialdemokratischer Landes- und Kommunalpolitik.

23
24 Wir brauchen deshalb handlungsfähige Kommunen, die ihrem Daseinsvorsorgeauftrag auch
25 nachkommen können. Grundvoraussetzung dafür ist ein echter kommunaler Finanzausgleich,
26 der sich am objektiven Finanzbedarf der Kommune orientiert und auch Möglichkeiten der
27 kommunalen Selbstverwaltung bewahrt.

28
29 Sozialdemokratische Landes- und Kommunalpolitik, schafft die notwendigen finanziellen
30 Rahmenbedingungen, damit kommunale Selbstverwaltung funktioniert und demokratische
31 Mitbestimmungsprozesse in der Kommune auch tatsächlich stattfinden können.
32 Sozialdemokratische Landes- und Kommunalpolitik beendet die Plünderung der kommunalen
33 Kassen zu Lasten von politischen Prestigeprojekten. Ein bedarfsorientierter kommunaler
34 Finanzausgleich orientiert sich an den tatsächlichen Bedarfen und nicht an der Vorgabe, wieviel
35 verteilt werden darf. Ebenso findet eine Entschuldung der Kommunen nicht unter dem
36 Deckmantel der Wohltäterschaft statt, sondern unter Anerkennung der Erfüllung der
37 übertragenen Pflichtaufgaben mit vollem Kostenausgleich.

38
39 Dorfentwicklung
40
41 Die Dorferneuerung ist als zentrale Unterstützungsleistung ländlicher Räume beizubehalten und
42 auszubauen. Denn Dorferneuerung ist zu einem guten Teil auch regionale
43 Wirtschaftsförderung. Jeder eingesetzte Euro öffentlicher Mittel löst vier bis fünf Euro an
44 privaten Investitionen aus.
45
46 Die Absenkung der kommunalen Förderquote in der Dorferneuerung ist rückgängig zu machen,
47 um den kommunalen Handlungsspielraum in der Dorferneuerung durch die Umsetzung von
48 einem Mehr an Projekten zu erhöhen.
49
50 Die Kombination mit anderen Förderprogrammen ist zu verbessern, so beispielweise der
51 LEADER-Förderung, aber auch Möglichkeiten der Integrationsabgabe zur Schaffung von
52 inklusiven Arbeitsplätzen.
53
54 Bildung von Anfang an
55
56 Individuelle Förderung und Integration statt Auslese sind wichtige sozialdemokratische
57 Bildungsziele. Dies gilt für großstädtische und ländliche Räume gleichermaßen. Integrative
58 Schulsysteme, die möglichst wohnortnah bestmögliche Bildungsangebote vorhalten, sind hier
59 der richtige Weg, gleiche Bildungschancen für Kinder und Jugendliche in Stadt und Land zu
60 gewährleisten und ihnen ihren Bildungsweg bis zum Abitur offen zu halten.
61
62 Leitgedanke sozialdemokratischer Bildungspolitik ist daher, sinkende Schülerzahlen nicht zu
63 Einsparungen im Bildungsbereich zu nutzen, sondern auch weiterhin in die Qualität des
64 Schulsystems vor Ort zu investieren und für kleinere Klassen zu sorgen. Bildung beginnt jedoch
65 nicht erst in der Schule, sondern bereits in der Kinderkrippe bzw. in der Kindertagesstätte. Um
66 alle Kinder früh zu fördern, müssen in allen Räumen ausreichend Betreuungsangebote zur
67 Verfügung stehen. Die Umwandlung der Kindertagesstätten zu Familienhäusern ist unsere
68 Aufgabe der Zukunft. Dabei dürfen gesetzliche Hemmnisse nicht bestehen bleiben. Eine
69 Reform des Kinderförderungsgesetzes ist unverzichtbar, damit auch tatsächlich Förderung
70 erfolgen kann und nicht nur der ökonomische Blick auf das Betreiben einer Einrichtung im
71 Vordergrund steht.
72
73 Die Unterstützung von Hochschulangeboten im ländlichen Raum muss gleichfalls Aufgabe einer
74 modernen sozialdemokratischen Bildungspolitik sein. Technische Vernetzung und neue Lehr-
75 und Lernmethoden erlauben es längst, zielgruppenspezifische Angebote auch im ländlichen
76 Raum vorzuhalten. Nicht das Abziehen von jungen Menschen aus dem ländlichen Raum,
77 sondern das Hinbringen von Bildungsangeboten ist die Antwort, um Fachkräftepotential und
78 Fachwissen gerade dort zu erhalten.
79
80 Lebenslanges Lernen darf ebenso nicht nur eine Floskel sein, sondern muss mit
81 Bildungsangeboten für die breite Mehrheit verbunden sein. Daher wird sozialdemokratische
82 Kommunalpolitik auch in Zukunft die wichtige Arbeit der kommunalen Volkshochschulen fördern
83 und verbessern.
84 Das Grundrecht auf Bildung (lebenslang) hat auch in der nachberuflichen Zeit einen hohen
85 Stellenwert. Ohne Bildung ist im Alter eine Beteiligung am gesellschaftlichen Leben und
86 technischen Fortschritt nur schwer möglich. Fortbildungsangebote können auch dabei helfen,
87 den beruflichen Wiedereinstieg, z. B. nach Erziehungs- und Pflegezeiten, zu erleichtern.
88
89 Medizinische Versorgung und Pflege
90
91 Die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum muss durch ein abgestimmtes Konzept zur
92 Gesundheits- und Pflegeversorgung sichergestellt werden. Dabei kommt dem öffentlichen
93 Sicherstellungsauftrag eine zentrale und wachsende Rolle zu. Ein solches Konzept muss

94 bundes-, landes- und kommunalpolitische Aspekte integrieren und insbesondere Fragen der
95 Bedarfsermittlungsmethoden, der Neuordnung der Ausbildung und Aufgabenverteilung der
96 Gesundheitsberufe und der Kooperation von ambulanter und stationärer Versorgung klären.
97 Was früher die Gemeindeschwester war, kann heute durch moderne und attraktive Angebote
98 aufgegriffen werden, um Versorgung in der Fläche zu sichern. Ein stärkeres Zusammenspiel
99 der Akteure vor Ort muss forciert und gefördert werden. Die Sicherstellung von Leistungs- und
100 fachspezifischen Angeboten ist Aufgabe einer aktiven sozialdemokratischen Kommunalpolitik.

101

102 Mobilität

103

104 Mobilität ist in ländlichen Räumen eng mit der Frage der Daseinsvorsorge verwoben. Fallen
105 bspw. zum einen Infrastrukturen weg (Rückzug von Einrichtungen aus der Fläche), steigen die
106 Mobilitätserfordernisse für den Einzelnen, werden Anpassungsstrategien zum anderen im Sinne
107 einer Zentralisierung oder Bündelung von Infrastrukturangeboten zur Versorgung des ländlichen
108 Raums notwendig und stellt sich vor dem Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen die Frage, wie
109 die Erreichbarkeit der Einrichtungen gewähr- leistet werden kann. Mobilität ist damit einer der
110 entscheidenden Faktoren für die Entwicklungsfähigkeit ländlicher Räume. Für die Sicherung der
111 Mobilität in ländlichen Räumen in Hessen ist es somit notwendig, der Ausdünnung der
112 öffentlichen Verkehre in der Fläche entgegenzuwirken, den ÖPNV attraktiv auszugestalten,
113 innovative Lösungen zu integrieren und die Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger im
114 Sinne integrierter Gesamtverkehrssysteme voranzutreiben.

115

116 Der Erhalt eigenständiger Verkehrsverbünde ist dabei ein Eckpfeiler landes- und
117 kommunalpolitischer Verkehrspolitik. Die Probleme vor Ort zu kennen, darauf reagieren zu
118 können und Verbesserungen an den Bedürfnissen ausgerichtet vorzunehmen, können keine
119 zentralisierten Verkehrsverbünde, die den Focus auf großstädtischen Verkehren haben.

120

121 Zu einer bedarfsgerechten Mobilität im ländlichen Raum gehört aber auch die Aufrechterhaltung
122 des Individualverkehrs. Hierzu sind Verkehrsverbindungen, die Pendlern in annehmbaren
123 Zeiten Erreichbarkeiten ermöglichen, ebenso unverzichtbar, wie die Anbindungen an die
124 überregionalen Verkehrsnetze. Die Realisierung und Fertigstellung der großen
125 Verkehrsprojekte A44 und A49 sind dabei für den ländlichen Raum unverzichtbar.

126

127 Breitband

128

129 Die Versorgung ländlicher Räume mit leistungsfähigem Breitband ist ein herausgehobenes Ziel,
130 denn es bestimmt die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten und wird immer stärker auch
131 als Teil von Lebensqualität interpretiert. Zudem birgt eine leistungsfähige Breitbandversorgung
132 die Chance, Nachteile, die sich aus größeren räumlichen Distanzen in ländlichen Räumen
133 ergeben, zum Teil zu kompensieren. Breitbandbasierte Services (bspw. Telearbeit, E-
134 Commerce, E-Learning, E-Health, E-Government aber auch Onlinebuchung von Tickets oder
135 Karten, Kommunikation im Internet, breitbandgestütztes Fern- sehen) können hier entlastend
136 wirken. Damit bleibt die Sicherstellung einer leistungsfähigen Breitbandversorgung der
137 ländlichen Räume in Hessen ein wichtiges sozialdemokratisches Ziel. Die Breitbandversorgung
138 ist dazu als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge zu fassen.

139

140 Der Weg der fünf nordhessischen Landkreise, den Ausbau eines glasfaserbasierten
141 Breitbandausbaus selbst in die Hand zu nehmen ist daher weichenstellend und Hilfe zur
142 Selbsthilfe, solange großer Konzern nur auf Rosinenpickere blicken und periphere ländliche
143 Räume ausgrenzen. Sozialdemokratische Kommunalpolitik heißt auch: wir hängen keinen ab.

144

145 Ver- und Entsorgung

146

147 Gerade bei sinkenden Einwohnerzahlen muss die Infrastruktur im Bereich der Ver- und
148 Entsorgung angepasst werden. Insbesondere im Bereich der Abwasserentsorgung ist eine
149 Überarbeitung der Eigenkontrollverordnung notwendig. Gerade hier bedarf es einer dringenden

150 Überprüfung des Anschlusszwangs für abgelegene Einzelgebäude im Außenbereich. Lokale,
151 dezentrale Lösungen wie bspw. biologisch arbeitende Kläranlagen können hier sinnvolle
152 Alternativen.

153

154 Ländliche Wirtschaft

155

156 Die Wirtschaft in den ländlichen Räumen in Hessen ist vielfältig und durch das
157 unternehmerische Engagement kleinerer und mittlerer Unternehmen geprägt. Charakteristisch
158 für ländliche Räume ist die Land- und Forstwirtschaft als wichtiger Wirtschaftsfaktor in der
159 Fläche mit einem deutlich höheren Anteil regionaler Wertschöpfung und Erwerbstätigkeit im
160 Vergleich zu städtischen Räumen. Land- und Forstwirtschaft sind damit wichtiger Partner bei
161 der Entwicklung ländlicher Räume.

162

163 Angesichts von Wirtschaftskrise, weiteren Konzentrationsprozessen in der Wirtschaft, der
164 Globalisierung der Märkte, einem fortschreitenden Agrarstrukturwandel und begrenzten
165 finanziellen Spielräumen der Politik zur Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung in den
166 Regionen steht die ländliche Wirtschaft heute vor zahlreichen Herausforderungen. Die
167 Abwanderung von qualifizierten Fachkräften, nicht gesicherte Unternehmensnachfolge,
168 geringeres Gründungsgeschehen sind exemplarische Entwicklungen, die eine fokussierte
169 Wirtschaftsförderung in ländlichen Räumen notwendig machen. Kleine und mittlere
170 Unternehmen (KMU) aus Industrie, Handwerk, Handel und Gewerbe tragen in ländlichen
171 Räumen zur Wirtschaftskraft bei und sichern in hohem Maße Arbeit und Beschäftigung.
172 Neu gegründete Unternehmen bringen wichtige Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung,
173 Existenzgründungen sind zu unterstützen. Wirtschaftliche Entwicklung wird zudem in ländlichen
174 Räumen weitgehend aus dem Unternehmensbestand heraus getragen, die „Bestandspflege“
175 und die Bereitstellung möglichst optimaler Rahmenbedingungen sind damit ein wichtiges Ziel.
176 Daher ist es für die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Räume notwendig, sich mit der Frage
177 der Unternehmensnachfolge, die als eine Facette im Gründungsgeschehen gefasst werden
178 kann, zu beschäftigen. Notwendig ist die Gründungsbereitschaft gerade in ländlichen Räumen
179 durch Gründungsoffensiven, eine Intensivierung und Vernetzung von Beratungsangeboten und
180 durch einschlägige Förderinstrumente gezielt für KMU zu unterstützen.

181

182 Eine besondere Bedeutung haben aber auch Arbeitsplätze in öffentlichen Unternehmen,
183 Kommunal- und Landesverwaltungen. Deshalb muss der Abzug und die Verringerung von
184 Landesverwaltungseinheiten hin in die Zentren des Landes beendet werden. Teile der
185 Landesverwaltung sind gerade im ländlichen Raum eine große Stütze des Arbeitsmarktes. Aber
186 auch die Kommunalverwaltungen im ländlichen Raum müssen sich ihrer Verantwortung zur
187 Schaffung von Arbeitsplätzen bewusst sein.

188

189 Land- und Forstwirtschaft stärken

190

191 Die Land- und Forstwirtschaft sind nicht wegzudenkende Wirtschaftseinheiten des ländlichen
192 Raums. Die Versorgung der Menschen mit hochwertigen Lebensmitteln wird durch den
193 ländlichen Raum sichergestellt. Die Direktvermarktung und der Ausbau der Wertschöpfung im
194 ländlichen Raum wird durch sozialdemokratische Politik forciert und vorangebracht. Ob Schul-
195 oder Kindertagesstättenverpflegung, gesunde Ernährung geht uns alle an. Die Chancen hierzu
196 liegen im ländlichen Raum.

197

198 Die Forstwirtschaft spielt eine unverzichtbare Rolle bei Fragen des Klimaschutzes und der
199 nachhaltigen Entwicklung, aber auch Fragen der Energieversorgung. Die Potentiale zu nutzen
200 und Bewusstseinsbildung zu fördern gelingt am besten vor Ort.

201

202 Energiewende

203

204 Steigende Energiekosten treffen Menschen auf dem Land besonders stark. Zum einen sind
205 aufgrund größerer räumlicher Entfernungen die Mobilitätserfordernisse höher, auf ein Auto kann

206 seltener verzichtet werden. Zum anderen führen die Siedlungsstruktur und der
207 Gebäudebestand dazu, dass die Menschen auf dem Land mit höheren Kosten für Energie
208 belastet sind. Die ländlichen Räume verfügen über hohe Potenziale, um regionale
209 Wertschöpfung durch eine Umsteuerung hin zu erneuerbaren Energien zu ermöglichen.

210
211 Basis einer Energiewende in ländlichen Räumen ist eine breit angelegte Energieeinspar- und
212 Energieeffizienzstrategie in den Dörfern, die gerade in der Fläche mit mehr finanziellen und
213 personellen Ressourcen zur Information und Beratung ausgestattet werden muss.

214
215 Regenerative Energieträger bieten für ländliche Räume besondere Wertschöpfungspotenziale.
216 Als wald- reichstes Bundesland und mit seinen landwirtschaftlichen Flächen ist hier die
217 Bioenergie im intelligenten Mix von Sonnen-, Wind- und Wasserkraft zu nennen.

218
219 Gerade in ländlichen Räumen bestehen gute Chancen, zu dezentralen, autarken und/oder
220 CO2-neutralen Lösungen der Energieversorgung zu gelangen. Biogas-, Holzhackschnitzel- und
221 Pelletanlagen in Kombi- nation mit Nahwärmenetzen vermindern den Einsatz von fossilen
222 Energieträgern und sind im ländlichen Raum von hoher Effizienz.

223 224 Tourismus

225
226 Tourismus ist für das Land Hessen ein wichtiger Wirtschaftsbereich (wirtschaftliche Grundlage
227 für ca. 200.000 Arbeitsplätze in Vollzeitäquivalenten und 4,8 Mrd. Euro Umsatz) und stellt für
228 einzelne Kommunen und Regionen den wesentlichen Wirtschaftsfaktor dar. Vom Tourismus
229 können auch die ländlichen Räume Hessens profitieren, denn Tourismus in Hessen konzentriert
230 sich auf Mittelgebirgsregionen, Weinbaugegenden und die hessischen Städte. „Wellness,
231 Gesundheit, Erholung“ liefern gute Ausgangsbedingungen für eine touristische
232 Entwicklungsstrategie für den ländlichen Raum. Eine Wirtschaftspolitik, die auf den Bereich
233 Tourismus ausgerichtet ist, ist für ländliche Räume mit hohem touristischen Potenzialen aktive
234 Strukturförderung.

235
236 Darum muss sozialdemokratische Kommunalpolitik in die Lage versetzt sein, ihre
237 Wertschöpfungspotentiale im Bereich Tourismus zu heben. Das Regionalmanagement
238 Nordhessen hat hierzu in den letzten Jahren gemeinsam mit der Wirtschaft will erreicht und die
239 Grimm-Heimat Nordhessen als Marke aufbauen können. Diesen Weg gilt es konsequent
240 fortzusetzen und die Potentiale zu heben.

241
242 Der gesundheitsbezogene Tourismus bietet dabei neben Chancen, die für ländliche Regionen
243 im Ausbau des natur- gebundenen Tourismus (Reiten, Wandern, Nordic Walking,
244 Wassertourismus etc.) liegen, sich auch als Strategiefeld an. Gerade im Verständnis von
245 Tourismus als Querschnittsbranche liegen in der Kombination von privaten und öffentlichen
246 Akteuren (touristische Betriebe, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Ärzte,
247 Gastronomiebetriebe, Vereine und Unternehmen in der Ausrichtung Sport etc.) entlang der
248 Wertschöpfungskette Gesundheit, Wellness, Urlaub Potenziale, die entwickelt werden können.

249 250 Migrations- und Flüchtlingspolitik

251
252 Über 50 Millionen Menschen befinden sich weltweit auf der Flucht. Verfolgung, Kriege und viele
253 andere Konflikte zwingen sie zum Verlassen ihrer Heimat.

254
255 Deutschland ist sich seiner historischen Verantwortung bewusst und stellt sich diesen
256 Herausforderungen, diesen Menschen Zuflucht und eine neue Heimat zu bieten. Der Ländliche
257 Raum nimmt diese Herausforderung ebenfalls an.

258
259 Gerade hier wissen wir um die Herausforderungen und Notwendigkeiten Menschen neue
260 Perspektiven zu geben. Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, um Integrationspolitik von
261 Anfang an betreiben zu können, ist es erforderlich, die finanzielle Grundausstattung zu erhalten,

262 um diese Aufgaben wahrnehmen zu können. Sozialdemokratische Kommunalpolitik setzt auf
263 Integration in den Strukturen vor Ort. Die größte Barriere, die dabei zu nehmen ist, ist die
264 Sprache. Nur durch gezielte Sprachförderung kann Integration gelingen.

265
266 Ebenso ist aber die Integration in Arbeit, Schule und Kindertagesstätten vorteilhaft, wenn sie
267 frühzeitig eingeleitet werden kann. Die Offenheit und die Bereitschaft zur Unterstützung sind im
268 ländlichen Raum besonders ausgeprägt. Darum bedarf es der Unterstützung durch die
269 Landespolitik, um die vielen positiven Initiativen und Aktionen im Sinne der Menschen
270 umzusetzen.

271
272
273

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
30. Mai 2015
Stadthalle Baunatal

Antrag: K 2

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Waldeck-Frankenberg

Adressat: SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Nordhessen - nicht vergessen! Für eine dezentrale
Verwaltung

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Nordhessen - nicht vergessen! Für eine dezentrale Verwaltung.

2
3 Die SPD-Abgeordneten im hessischen Landtag werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen,
4 dass Teile von Landesbehörden und -einrichtungen in ländliche Gebiete ausgegliedert werden.
5 Wir kritisieren die zentralistische Politik der CDU-geführten Landesregierung, Ämter und
6 Behörden in Wiesbaden und im Rhein-Main-Gebiet zu konzentrieren. Die Landesregierung soll
7 ein Konzept der Dezentralisierung von Verwaltung und Behörden entwickeln und dem Landtag
8 zur Beschlussfassung vorlegen.

9
10
11 Begründung:

12
13 Mit einer dezentralen Aufstellung kann der Urbanisierung entgegengewirkt werden. Durch die
14 Digitalisierung sollte es möglich sein, auch einzelne Abteilungen mancher Ministerien in
15 ländliche Gebiete zu verlegen und so Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen zu schaffen.
16 Durch schnelle Breitbandanschlüsse ist eine adäquate Kommunikation trotzdem noch gegeben.
17 Der Staat kann mit seinen Möglichkeiten, seine eigene Verwaltung zu organisieren, dem Trend
18 der Wirtschaft und damit auch der Bevölkerung, sich immer mehr in Großstädten anzusiedeln,
19 entgegenwirken. Schaffen wir attraktive Arbeitsplätze im Bereich Verwaltung auf dem Land,
20 zieht dies auch wieder eine erhöhte Nachfrage nach sich. Auch die Zuliefererbereiche und
21 Arbeitsplätze im Bereich Facility Management entstehen. Auch dem Immobilienmarkt kann dies
22 gut tun, wenn in den Städten Gebäude frei werden und die Nachfrage auf dem Land steigt.

- 23
24
25
- angenommen
 - abgelehnt
 - überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
30. Mai 2015
Stadthalle Baunatal**

Antrag: K 4

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Werra-Meißner

Adressat: SPD-Landesparteitag Hessen, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Neuordnung des KFA in Hessen

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 1. Der Bezirksparteitag sieht mit dem Entwurf des neuen Kommunalen Finanzausgleichs die
- 3 durch das Grundgesetz in der Hessischen Landesverfassung garantierte kommunale
- 4 Selbstverwaltung nicht als gewährleistet an. Kommunale Selbstverwaltung ist gelebte
- 5 Demokratie vor Ort und hat nach dem Konzept unseres Staatsaufbaus einen unverzichtbaren
- 6 Wert.
- 7
- 8 2. Der Bezirksparteitag ist der Meinung, dass der Entwurf des neuen Kommunalen
- 9 Finanzausgleichs (KFA) nicht den Vorgaben des Hessischen Staatsgerichtshofs entspricht,
- 10 wonach die staatlich übertragenen Pflichtaufgaben im Sinne des Konnexitätsprinzips („wer
- 11 bestellt, bezahlt“) vom Land zu bezahlen sind, da auch mit dem neuen KFA die von den
- 12 Kommunen zu erledigenden Pflichtaufgaben nicht vollständig finanziert werden sollen.
- 13
- 14 3. Der Bezirksparteitag stellt fest, dass auf der Basis des Entwurfs des neuen Kommunalen
- 15 Finanzausgleichs und der nicht vollständigen Finanzierung schon der staatlichen
- 16 Pflichtaufgaben, Mittel für freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben nur ungenügend zur Verfügung
- 17 stehen. Vor diesem Hintergrund stellt der Unterbezirksparteitag der SPD Werra-Meißner fest,
- 18 dass auch die Vorgabe des Staatsgerichtshofs im Hinblick auf die Mindestausstattung von
- 19 freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben durch das Land nicht umgesetzt ist.
- 20
- 21 4. Der Bezirksparteitag stellt fest, dass das Land vom Volumen der gemeinsam mit den
- 22 Spitzenverbänden in aufwändiger Arbeit definierten Pflichtaufgaben einen
- 23 „Angemessenheitsabschlag“ vorgenommen hat, der zu einer inakzeptablen Reduzierung der
- 24 Landesmittel führt.
- 25
- 26 5. Die Hessische Landesregierung soll aufgefordert werden, den kommunalen
- 27 Spitzenverbänden darzustellen, auf welche Weise es den Kommunen in Zukunft möglich sein
- 28 soll, ihre immensen in der Vergangenheit entstandenen Kassenkredite zu tilgen. Die Hessische
- 29 Landesregierung wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass, neben dieser Tilgung, das mittel-
- 30 und langfristige erhebliche Zinsrisiko eine zusätzliche Schieflage für die Haushalte der
- 31 Kommunen bedeuten kann.
- 32

33 6. Die Hessische Landesregierung soll um konkrete Darstellung gebeten werden, inwieweit die
34 hessischen Landkreise in die Lage versetzt werden, trotz der unauskömmlichen
35 Finanzausstattung eine zusätzliche Belastung der kreisangehörigen Gemeinden zu vermeiden.
36 Die Erhöhung der Kreisumlage ist längst an ihre Grenzen gestoßen. Auch sind zusätzliche
37 Belastungen der Bürgerinnen und Bürger durch Gebühren- und Steuererhöhungen bei den
38 Städten und Gemeinden und durch Leistungskürzungen nicht zu verantworten!

39

40 7. Vor diesem Hintergrund hat die Hessische Landesregierung zu begründen, warum und an
41 welcher Stelle das Land Hessen bei pflichtigen Aufgaben, die durch die Landkreise, Städte und
42 Gemeinden zu erfüllen sind, entsprechende wirtschaftliche Potenziale zur entsprechend
43 effizienteren Durchführung der Aufgaben sieht.

44

45 8. Das Hessische Finanzministerium wird um konkrete Darstellung gebeten, inwieweit die
46 hessischen Landkreise in die Lage versetzt werden, trotz der unzureichender
47 Finanzausstattung eine zusätzliche Belastung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden zu
48 vermeiden.

49

50 9. Das Hessische Finanzministerium wird aufgefordert, die Prüfung von den kommunalen
51 Spitzenverbänden, neben der Ressortabfrage, zusätzlich identifizierten Aufgaben
52 abzuschließen und deren Relevanz für die Mindestausstattung und angemessene
53 Finanzausstattung zu bewerten. Das Ergebnis dieser Prüfung soll mit den Kommunalen
54 Spitzenverbänden in der AG KFA erörtert werden.

55

56 10. die Kommunale Selbstverwaltung wieder ernst genommen werden. Dazu gehört, die
57 Kommunalaufsicht der kreisangehörigen Städte und Gemeinden bei den Landkreisen zu
58 belassen.

59

60 11. Der Bezirksparteitag stellt fest, dass Aufgaben mit direktem Finanzierungsanspruch (wie
61 z.B. die Unterbringung der Flüchtlinge) vom Land direkt und vollständig erstattet werden
62 müssen.

63

64 Der Bezirksparteitag bittet die SPD-Landtagsfraktion zu prüfen, ob bei einer gesetzlichen
65 Umsetzung des jetzigen mangelhaften Entwurfs des Kommunalen Finanzausgleichs, die Option
66 einer weiteren Verfassungsklage sinnvoll ist.

67

68

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
30. Mai 2015
Stadthalle Baunatal**

Antrag: K 7

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: 5 Jahre verfassungswidrige Kompensationsumlage erhoben

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
1. Der Bezirksparteitag begrüßt, dass der Staatsgerichtshof in dem sog. Alsfeld-Urteil, die seit dem Jahr 2011 erhobene Kompensationsumlage für verfassungswidrig erklärt hat.
 2. Die Hess. Landesregierung hat zu erklären, warum sie nach Erhöhung der Grunderwerbsteuer von 2,5%, 3,5%, 5% auf 6%, welche seit 2011 in voller Höhe beim Land verbleibt, nicht den alten Zustand wieder hergestellt und den Landkreisen und kreisfreien Städten, bei Wegfall der Kompensationsumlage, einen Anteil an dem Grunderwerbsteueraufkommen gewährt hat.
 3. Die Hess. Landesregierung hat zu erklären, warum bei der Neuberechnung des Kommunalen Finanzausgleiches die verfassungswidrige Kompensationsumlage nicht außer Acht geblieben ist. Diese wird zwar rechtlich abgeschafft, tatsächlich durch die Einbeziehung in die Neuberechnung aber nicht.
 4. Die Hess. Landesregierung ist aufzufordern, die mit Erlass vom 19.02.2015 festgesetzten höheren Hebesatz von 1,80 vom Hundert auf den mit Erlass vom 28.10.2014 mitgeteilten Hebesatz von 1,46 vom Hundert zurückzunehmen.
 5. Die Hess. Landesregierung hat zu erklären, warum aufgrund des Rekordergebnisses der Einnahmen des Landes an der Grunderwerbsteuer (Landtagsdrucksache 19/1498), die Städte und Gemeinde nunmehr eine höhere Kompensationsumlage zahlen müssen.
 6. Die Hess. Landesregierung hat zu erklären, ob die Städte und Gemeinden sich zukünftig noch auf Erlasse des Landes bei der Haushaltsplanung verlassen können.

23 Begründung:

24
25 Seit dem Jahr 2011 erhebt des Land Hessen von den Städten und Gemeinden eine
26 Kompensationsumlage. Diese wurde eingeführt, weil das Land Hessen einen bis dahin
27 gewährten Anteil an dem Grunderwerbsteueraufkommen den Landkreisen und kreisfreien
28 Städten nicht mehr zahlt, als Ausgleich dafür haben die Städte und Gemeinden eine
29 Kompensationsumlage an das Land abzuführen. (Oder: Weil das Land den Landkreisen und
30 kreisfreien Städten Geld wegnimmt, müssen die Städte und Gemeinden zahlen!) Diese Umlage
31 wird vom Land an die Landkreise und kreisfreien Städte (in voller Höhe?) weitergeleitet.
32
33

- angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
30. Mai 2015
Stadthalle Baunatal

Antrag: K 8

Antragsteller: SPD-Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Mitglieder der Bundesregierung,
SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Für eine humane Flüchtlingspolitik –
Kommunen finanziell besser ausstatten

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
 - 2
 - 3
 - 4
 - 5
 - 6
 - 7
 - 8
 - 9
 - 10
 - 11
 - 12
 - 13
 - 14
 - 15
 - 16
 - 17
 - 18
 - 19
 - 20
 - 21
 - 22
 - 23
 - 24
 - 25
 - 26
 - 27
 - 28
 - 29
 - 30
 - 31
 - 32
 - 33
 - 34
1. Der Bezirksparteitag begrüßt, dass zusätzliche Bundesmittel für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen bereitgestellt werden, wie dies von Vizekanzler Gabriel angeregt wurde. Gleichzeitig soll in der Verantwortung des Bundes das Asylverfahren beschleunigt werden, um spätestens nach 3 Monaten eine erste Entscheidung herbeizuführen. Die dafür vorgesehenen zusätzlichen Stellen müssen unverzüglich besetzt werden. Das Land Hessen soll dazu ausreichende Erstaufnahmekapazitäten bereitstellen.
 2. Staatsminister Grüttner wird deshalb nachdrücklich aufgefordert klar zu erklären, dass die für 2015 zugesagten Bundesmittel uneingeschränkt den hessischen Kommunen zufließen.
 3. Die Landesregierung wird ferner aufgefordert, den Kreisen und kreisfreien Städten die volle Kostenerstattung für die Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen zu gewähren und mit den Kommunen in einen Dialog über Mindeststandards zu treten.
 4. Die erhöhten Aufwendungen dürfen bei Schutzschirm-Kommunen nicht zu Konsequenzen bei einer Abweichung von Rechnungsergebnis und Planansatz führen. Unter der derzeit noch völlig unzureichenden finanziellen Ausstattung ist die Einhaltung des sog. Konsolidierungspfades nicht möglich.
 5. Den Kommunen sind die tatsächlichen Kosten zu erstatten. Die zur Zeit gezahlte Pauschale deckt nicht die Kosten der Unterbringung, die monatliche Regelleistung und die Gesundheitskosten. Das gilt auch für den Impfschutz.
 6. Für alle Flüchtlinge, die über einen längeren Zeitraum in Deutschland bleiben, weil sie anerkannt werden oder eine Duldung erhalten, ist frühzeitig das Erlernen der deutschen Sprache sicherzustellen. Deshalb dürfen die Mittel für Sprachkurse nicht von 310 auf 180 Mio. Euro und gekürzt werden. Die Mittel für Integrationskurse sollen auf mindestens 300 Millionen aufgestockt werden.

- 35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
7. Es werden beim Bau von neuen oder dem Umbau bestehender Gebäude zu Flüchtlingsunterkünften sowie bei der Verwendung bestehenden Wohnraums Mindeststandards vom Land Hessen definiert werden.
 8. Ziel muss es ein, dass die Flüchtlinge nach 3 Monaten in der Lage sind, eine Arbeit zu suchen, um damit ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen und eine Wohnung anzumieten. Dazu sollen deren Berufsabschlüsse zügig anerkannt werden.
 9. Flüchtlingen, die am Tage ihrer Ankunft in Deutschland minderjährig sind, einen rechtlichen Anspruch auf den Besuch von KiTas, Schulen und Berufsschulen zu gewährleisten. Für die Integration von Flüchtlingen in die Arbeitswelt soll bereits an den Landesaufnahmestellen schulische und berufliche Qualifikationen der Flüchtlinge erhoben werden. So kann man eine zielgerichtete Förderung der Flüchtlinge ermöglichen.
 10. in den Arbeitsagenturen Stellen zu schaffen, deren Aufgabe es ist, den Arbeitgebern der Region die Qualifikationen der Flüchtlinge zu verdeutlichen und gezielt solche zu vermitteln. Hinzukommend fordern wir, dass Flüchtlinge, die eine Arbeitsstelle oder einen Ausbildungsplatz in Deutschland haben, nicht abgeschoben werden können.
den Zugang zum Arbeitsmarkt zu vereinfachen und den Zugang zur Gesundheitsversorgung zu gewährleisten.
 11. Mit den zusätzlichen Mitteln sollen die Kommunen im Bereich der Gesundheitsvorsorge, Kinderbetreuung, Jugendeinrichtungen und Schulen eine dauerhafte Integration gewährleisten.

63 Begründung:

64
65 Aufgrund der Konflikte u.a. in Syrien, Afghanistan, dem Irak oder Eritrea ist für 2015 mit
66 mindestens 300.000 Flüchtlingen zu rechnen. Gemeinden und Landkreise leisten zusammen
67 mit den Bundesländern, die für die Erstaufnahme zuständig sind, seit Monaten hervorragende
68 Arbeit, um eine menschenwürdige Unterbringung zu gewährleisten. Sie sorgen gemeinsam mit
69 Verbänden und vielen Bürgerinnen und Bürgern für eine gute Aufnahme der Flüchtlinge in den
70 Städten und Gemeinden. Dabei zeigt sich auch, dass Toleranz nicht von oben verordnet
71 werden kann, sondern Tag für Tag dafür geworben werden muss. Um diese Willkommenskultur
72 zu erhalten, müssen ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, damit dies nicht zu
73 Lasten anderer kommunaler Aufgaben geschieht. Flüchtlingspolitik ist in erster Linie Bundes-
74 und Europapolitik. Dazu gehört auch die Bekämpfung der Fluchtursachen, sowie ein modernes
75 Einwanderungsrecht für alle jene, die nicht wegen politischer Verfolgung und Bürgerkriegen
76 nach Europa kommen. Sämtliche Versuche, das nicht zu tun, sind aus unserer Sicht verfehlt.

77
78

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
30. Mai 2015
Stadthalle Baunatal**

Antrag: K 11

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Land, SPD-Stadtverband Baunatal

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden und Städte in Hessen

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag wird aufgefordert, sich nachdrücklich für eine
- 3 Änderung der Hessischen Gemeindeordnung einzusetzen, die den Städten und Gemeinden in
- 4 Hessen eine vollständige wirtschaftliche Betätigung im Bereich der Daseinsvorsorge ermöglicht.
- 5
- 6
- 7 Begründung:
- 8
- 9 Seit 1999 engt die hessische CDU den Gestaltungsspielraum der Gemeinden und Städte in
- 10 Hessen systematisch ein. Ein Beispiel für diese kommunalfeindliche Politik ist der 2005
- 11 eingeführte „strikte Subsidiaritätsvorbehalt“, der der kommunalwirtschaftlichen Betätigung der
- 12 hessischen Kommunen enge Grenzen setzt und privaten Unternehmen einen unmittelbaren
- 13 Schutz vor konkurrierenden kommunalen Wirtschaftsunternehmen bietet.
- 14
- 15 Öffentliche und kommunale Unternehmen sind sehr erfolgreich bei der Gestaltung der
- 16 Lebensbedingungen für die Menschen in unserem Land. Die Liste der Beispiele aus den
- 17 Bereichen des ÖPNV, der Energiewirtschaft, der Wasserversorgung, der Abwasserbeseitigung,
- 18 der Sparkassen, der Versicherungen etc. ist lang. Auf veränderte oder neue Herausforderungen
- 19 können die Kommunen in Hessen aufgrund des von der CDU geprägten § 121 HGO aber nur
- 20 mit Zeitverzug und meist gar nicht reagieren, weil höchst bürokratische Markterkundungen
- 21 vorgeschrieben sind und die Kommunen am Ende gezwungen sind, profitable wirtschaftliche
- 22 Betätigungen in weiten Teilen Privaten zu überlassen. Es muss ein Ende damit gemacht wird,
- 23 Gewinne aus kommunaler Tätigkeit zu privatisieren, Verluste aber zu sozialisieren. Die immer
- 24 wieder aufflackernde Diskussion um die Privatisierung der Wasserversorgung ist ein Beispiel für
- 25 die Begehrlichkeiten der privaten Konzerne.
- 26
- 27 Offensichtlich hat die hessische CDU zwischenzeitlich erkannt, dass ihre Vorstellungen zur
- 28 wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen für die heutigen Aufgabenstellungen keine
- 29 Lösungsansätze enthalten, die Defizite sind im Bereich der erneuerbaren Energien und der
- 30 Energiewende ebenso augenfällig wie bei der Breitbandversorgung der Bevölkerung in
- 31 ländlichen Regionen. Aber: Der gemeinsam mit den Grünen am 25. März 2014 vorgelegte
- 32 Gesetzentwurf muss als bei weitem nicht ausreichend bezeichnet werden. Für die zunehmend
- 33 wichtiger werdende Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum fehlt jede Zukunftsoption,
- 34 ebenso fehlt jedwede Entwicklungsklausel, die dringend benötigt wird, weil die Probleme von
- 35 morgen heute noch nicht abschließend aufgezählt werden können.
- 36

37 Ziel der SPD in Hessen ist es, den Kommunen den Freiraum zu verschaffen, den sie benötigen,
38 um sich wirtschaftlich nach den örtlichen Erfordernissen betätigen zu können, so wie das der
39 Gesetzentwurf der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag vom 6. Mai 2014 vorsieht.

40
41

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
30. Mai 2015
Stadthalle Baunatal**

Antrag: K 14

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Behörden-Standortschließungen und -verlagerungen von
CDU-Landesregierungen nach Gutsherrenart.
Einmalige umfassende Standortgarantie für Hünfeld ist
standortpolitischer Skandal

Der Bezirksparteitag beschloss:

1
2 Der SPD-Bezirksparteitag unterstützt die SPD-Landtagsfraktion in ihrem Ansinnen, den
3 standort- und justizpolitischen Skandal einer umfassenden in Hessen einmaligen
4 Standortgarantie, ohne Ausstiegsklausel, für die Stadt Hünfeld im Rahmen der Zusage einer
5 neu einzurichtenden Justizvollzugsanstalt, aufzuklären.

6
7
8

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
30. Mai 2015
Stadthalle Baunatal**

Antrag: V 1

Antragsteller: SPD-Bezirksvorstand

Adressat: Bundesregierung, SPD-Bundestagsfraktion,
Hessische Landesregierung, SPD-Landtagsfraktion

Betr.: Verkehrsinfrastruktur sichern – Wirtschaftsstandort Hessen stärken

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1 Verkehrsinfrastruktur sichern – Wirtschaftsstandort Hessen stärken
2
3 Eine intakte Verkehrsinfrastruktur ist notwendig zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes
4 Deutschland. Eine funktionsfähige Mobilität sichert Lebensstandard und ist insbesondere für die
5 Attraktivität des ländlichen Raums unerlässlich.
6
7 Es herrscht Sanierungsstau bei der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland. Die so genannte
8 Daehre-Kommission kommt in ihrem Bericht „Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ zu
9 dem Ergebnis, dass in den nächsten 15 Jahren mindestens 7,2 Milliarden Euro jährlich für den
10 Erhalt der deutschen Verkehrsinfrastruktur fehlen werden.
11
12 Hessen als wichtigstes Transitland ist hiervon in besonderer Weise betroffen. So hat Hessen
13 z.B. den höchsten Anteil an sanierungsbedürftigen Brücken. Für die Sanierung der 49
14 Bauwerke sind mindestens eine Milliarde Euro notwendig. Dazu kommt allein bei den Bundes-
15 und Fernstraßen ein Sanierungsbedarf von 1 Milliarde Euro. Für die Sanierung von maroden
16 Kommunal- und Landesstraßen veranschlagen Experten 2,3 Milliarden Euro.
17
18 Auch beim Schienenverkehr sind Milliardenbeträge für die Sanierung erforderlich. Für die
19 dringendsten überregionalen Schienenausbauprojekte in Hessen sind über 6 Milliarden Euro
20 notwendig.
21
22 Die ÖPNV Finanzierung in Hessen ist ungenügend. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern
23 gibt Hessen kein eigenes Landesgeld in den ÖPNV.
24
25 Ein gut funktionierender und ausgebauter ÖPNV ist für ein integriertes Verkehrskonzept, das
26 sowohl die Interessen des ländlichen Raums, wie auch des Ballungsraums berücksichtigt, von
27 zentraler Bedeutung.
28
29 Der Bezirksparteitag möge beschließen:
30
31 1. Hessen benötigt ein integriertes Verkehrskonzept, das sowohl den zukünftigen
32 Herausforderungen des ländlichen - wie auch des Ballungsraumes gerecht wird.
33
34 2. Die einzelnen Verkehrsträger, Individualverkehr und ÖPNV, dürfen dabei nicht
35 gegeneinander gestellt werden. Jede Herausforderung benötigt eigene Antworten. Im
36 Ballungsraum werden die zukünftigen Herausforderungen bei der Mobilität ohne einen

37 starken ÖPNV nicht zu bewältigen sein, während die Menschen im ländlichen Raum
38 auch in Zukunft auf den Individualverkehr mit einer gut ausgebauten Infrastruktur
39 angewiesen sein werden.
40

- 41 3. Der Nordhessische Verkehrsverbund (NVV) hat bei der ÖPNV-Versorgung in
42 Nordhessen hervorragende Arbeit geleistet und bei innovativen Projekten wie der 5-
43 Minuten-Garantie und Mobilvielfalt eine Vorreiterrolle eingenommen. Die bewährte
44 Struktur der hessischen Verkehrsverbände (NVV, RMV, RNV) muss auch zukünftig
45 erhalten bleiben. Einem einheitlichen Landesverkehrsverbund erteilen wir eine Absage.
46
- 47 4. Die von Schwarz-Grün angekündigte Bedarfsermittlung zur Finanzierung des ÖPNV, die
48 ausdrücklich die Bereitstellung von originären Landesmitteln zur Bedarfsdeckung nicht
49 ausschließt, wurde nicht vorgenommen. Wir erwarten, dass die hessische
50 Landesregierung nun endlich das angekündigte Konzept zur Stärkung des ÖPNV in
51 Hessen vorlegt.
52
- 53 5. Der Bezirksparteitag fordert Bundestagsfraktion und Bundesregierung auf, die
54 überfällige Erhöhung der Regionalisierungsmittel auf 8,5 Mrd. Euro mit einer jährlichen
55 Dynamisierung von 2% noch im ersten Halbjahr 2015 endlich umzusetzen, um die
56 Zukunft des ÖPNV zu sichern. Außerdem erwarten wir eine Übernahme des Risikos
57 höherer Steigerungen bei den Infrastrukturpreisen durch den Bund.
58
- 59 6. Der Bezirksparteitag fordert eine Lkw-Maut auf allen Straßen nach dem
60 Verursacherprinzip, damit die notwendigen Sanierungen bei der
61 Straßenverkehrsinfrastruktur umgesetzt werden können. Ein Lkw verursacht bei der
62 Straßenverkehrsinfrastruktur Schäden im Gegenwert von bis zu 60000 Pkw.
63
64

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
30. Mai 2015
Stadthalle Baunatal

Antrag: V 5

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: Sozialdemokratische Mitglieder der Bundesregierung,
SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Wettbewerbsverzerrung für Fernreisebusse aufheben!

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

1
2 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord fordert die SPD-Bundestagsfraktion Fraktionen auf, die
3 Wettbewerbsverzerrung im Bereich der Personenbeförderung im Linien-Fernverkehrsbereich
4 zwischen Bus und Bahn zu minimieren. Während Bahnverkehre kilometerabhängige
5 Netzentgelte zu entrichten haben, sind die Busverkehre mautfrei unterwegs. Daher ist für die
6 Linienbus-Fernverkehre eine Maut, analog der der LKW-Verkehre zu entrichten.
7
8

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
30. Mai 2015
Stadthalle Baunatal

Antrag: V 8

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: Sozialdemokratische Mitglieder der Bundesregierung,
SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Nein zur PKW-Maut!

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
2 Der SPD-Bezirk Hessen-Nord lehnt die von der CDU-CSU gewollte und im Koalitionsvertrag
3 durchgesetzte PKW-Maut nach wie vor ab, weil
4
5 – die PKW-Maut der erneute Versuch ist, den Bürgerinnen und Bürgern dauerhaft
6 zusätzliche Abgaben oder Gebühren unter dem Deckmantel des Erhalts der Infrastruktur
7 abzuknöpfen. Dies bevorzugt allein die wirtschaftlich Gutgestellten und den städtischen
8 Raum;
9
10 – die PKW-Maut inländische PKW-Fahrer benachteiligt, da diese nicht nur für die
11 Bundesautobahnen, sondern generell für Bundesfernstraßen bezahlen müssen. Zudem
12 ist eine Rückerstattung zuviel gezahlter Maut voraussichtlich nur gegen eine Gebühr in
13 Höhe von 20 € möglich;
14
15 – die PKW-Maut von einem privaten Betreiber kontrolliert werden soll, der dafür einen
16 voraussichtlich dreistelligen Millionenbetrag einstreicht.
17
18

19 Begründung:

20
21 Die nunmehr von der CSU vorgelegte PKW-Maut ist wiederum ein mieses Spiel mit dem
22 Koalitionsvertrag. War doch in diesem Kompromiss die PKW-Maut allein „zum Erhalt und
23 Ausbau des Autobahnnetzes“ festgelegt worden. Und damit sollte es zu keiner Maut außerhalb
24 der Autobahnen kommen. Zudem sollten weder in-, noch ausländische Fahrzeugführer
25 benachteiligt werden, um eine EU-konforme Regelung hinzubekommen.
26
27

- angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
30. Mai 2015
Stadthalle Baunatal

Antrag: V 9

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Fulda

Adressat: SPD-Bundesparteitag

Betr.: Ablehnung der Finanzierung von öffentlichen
Straßenbauprojekten durch private Investoren

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1 Der SPD-Unterbezirksparteitag lehnt die Finanzierung öffentlicher Straßenbauprojekte durch
2 private Investoren ab.
3
4
- 5 Begründung:
6
- 7 Es ist erwiesen, dass öffentlich-private Projekte (ÖPP) nicht kostengünstiger sind, als wenn sie
8 in alleine in öffentlicher Trägerschaft durchgeführt werden. Das habe nicht nur diverse
9 wirtschaftliche Studien festgestellt, sondern auch die Rechnungshöfe. Als diese Feststellungen
10 getroffen wurden, waren die Zinsen höher als zurzeit. Bei der derzeitigen Zinsentwicklung ist es
11 geradezu unverantwortlich, Straßenbauprojekte von Privaten bauen und betreiben zu lassen.
12
13

- angenommen
 abgelehnt
 überwiesen an

SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
30. Mai 2015
Stadthalle Baunatal

<u>Initiativantrag:</u> (Resolution)	2
<u>Antragsteller:</u>	Die Resolution wurde ausreichend unterstützt
<u>Adressat:</u>	SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
<u>Betr.:</u>	Solidarität mit den Forderungen der Erzieher und Erzieherinnen

Der Bezirksparteitag beschloss folgende Resolution:

- 1 Wir erklären uns solidarisch mit den Forderungen der Tarifverhandlung im Sozial- und
- 2 Erziehungsdienst 2015. Die tarifliche Forderung von durchschnittlich 10 % mehr Lohn ist
- 3 gerechtfertigt und längst überfällig. Wir begrüßen die Aufwertung des Berufes im sozialen
- 4 Erziehungsdienst und fordern die Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände auf, sich
- 5 wieder an den Verhandlungstisch zu begeben und ein angemessenes Angebot vorzulegen und
- 6 damit den unbefristeten Streik zu beenden. Ebenso verlangen wir, dass Bund und Land die
- 7 Kommunen dabei nicht alleine lassen. Kommunaler Finanzausgleich und Schwarze Null dürfen
- 8 nicht auf dem Rücken der Kinder ausgetragen werden!
- 9 Der Beruf des Erziehers ist anspruchsvoll und verdient Wertschätzung, das muss sich in
- 10 besserer Bezahlung ausdrücken!
- 11 Nur singen, basteln und kuscheln ist von vorgestern. Heute verlangen wir von den
- 12 ErzieherInnen die Förderung des Kindes im Vorschulalter in Motorik, Wahrnehmung, Lernen,
- 13 Kreativität und Sozialkompetenz.
- 14 150 Seiten umfasst der Bildungs- und Erziehungsplan in Hessen, der beschreibt was Kitas zu
- 15 leisten haben!
- 16 Die Bezahlung für den Erziehungsdienst ist ein Vierteljahrhundert alt, diese Regelungen
- 17 müssen dringend überholt werden.
- 18 Die Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände werden aufgefordert die Berufe im Sozial-
- 19 und Erzieherdienst aufzuwerten.
- 20 Die Anforderungen an die Beschäftigten sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen.
- 21 Sie leisten die Arbeit pädagogischer Fachkräfte und müssen auch entsprechend bezahlt
- 22 werden.
- 23 Wir werden in den kommenden Jahren tausende gut ausgebildete ErzieherInnen zusätzlich
- 24 brauchen und wollen auch mehr männliche Bewerber, die den Beruf deshalb unattraktiv finden,
- 25 weil er zu schlecht bezahlt wird!

26 Den Genderansatz sehen wir nur erfüllt, wenn für diese Leistungen mehr Geld bereitgestellt
27 wird, der auch den Lebensunterhalt für Familien sicherstellen kann und nicht nur für Frauen in
28 Teilzeit als Zusatzverdiener interessant ist.
29 Erst wenn es gelingt, das Einkommen zu verbessern, wird man mehr Männer für den
30 Erziehungsdienst gewinnen.
31 Die Tarifrunde ist die Chance, öffentlich, das heißt auch mit den Eltern, zu diskutieren, was wir
32 uns für unsere Kinder wünschen und deutlich machen, dass die gestiegenen Anforderungen
33 auch besser bezahlt werden müssen.
34 Hier geht es um mehr als die Eltern vor verschlossenen Türen stehen zu lassen, sie sind es die
35 höhere Ansprüche verlangen können und Verantwortung von den Erziehern bekommen!

36

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an